

## Jeden zweiten Deutschen plagen Inflationsorgen

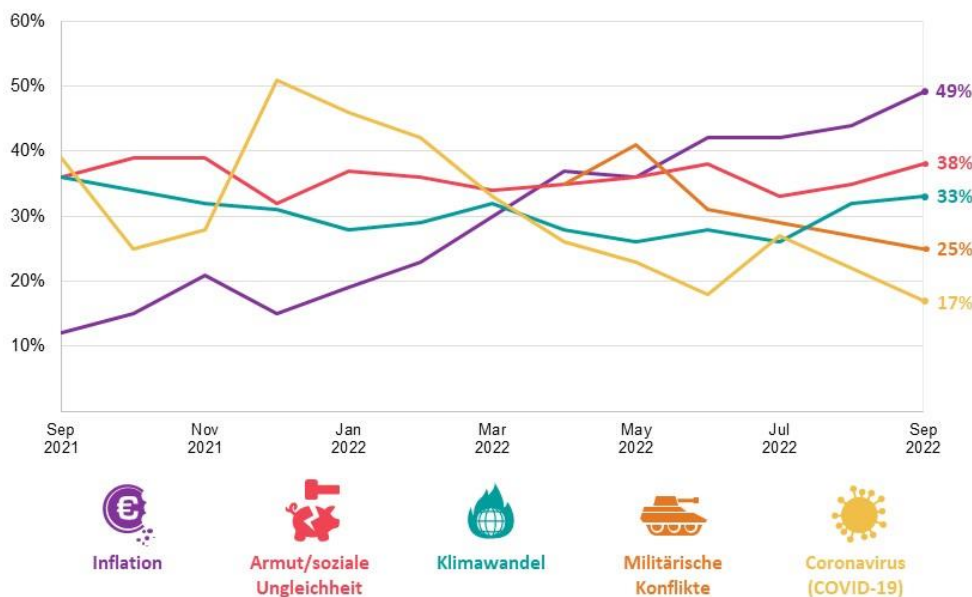
**Hamburg, 6. Oktober 2022** – Die durch Inflation ausgelösten Sorgen haben in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Inzwischen zählt jeder zweite Bundesbürger (49%) die steigenden Preise zu den drei größten persönlichen Sorgen, 5 Prozentpunkte mehr als im Vormonat. Das ergab die jüngste Erhebung der monatlich in 29 Ländern durchgeführten Studie „What Worries the World“ des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos. Zum Vergleich: Vor genau einem Jahr besorgte die Inflation hierzulande gerade einmal 12 Prozent der Befragten. Auch weltweit (40%) nimmt das steigende Preisniveau bereits zum sechsten Mal in Folge den ersten Rang auf der Liste der größten Sorgen der Menschen ein.

Auf den Plätzen zwei und drei der Sorgenskala der Deutschen folgen die Angst vor Armut und sozialer Ungleichheit (38% | +3% im Vgl. zum Vormonat) und die Sorge vor den Folgen des Klimawandels (33% | +1).

### Die 5 größten Sorgen der Deutschen im Zeitverlauf

Ipsos

„Welche der folgenden Themen machen Ihnen in Ihrem Land die größten Sorgen?“ (max. 3 Antworten)



Quelle: Ipsos Global Advisor-Studie „What worries the world“. Repräsentative Stichprobe dt. Erwachsener im Alter von 16 bis 74 Jahren, ca. 1.000 pro Monat.



### Kriegs- und Corona-Angst auf neuem Tiefstand

Während die Sorgen vor Inflation und Armut stark ansteigen, nimmt die Angst vor militärischen Konflikten und COVID-19 kontinuierlich ab. Im Mai dieses Jahres waren kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Nationen noch klar

die größte Sorge der Deutschen (41%). In der aktuellen Umfrage plagt nur noch jeden Vierten (25% | -2) diese Angst. Die Corona-Sorgen haben hierzulande ebenfalls einen neuen Tiefststand erreicht: Nur noch 17 Prozent (-5) der Deutschen zählen das Coronavirus derzeit zu den größten Sorgen im eigenen Land. Im Dezember 2021 gab noch mehr als die Hälfte der Bundesbürger (51%) COVID-19 als eine ihrer Top-Sorgen an.

### **Keine Sorge vor Jobverlust trotz Inflation**

Auffällig ist, dass die grassierende Sorge der Deutschen vor Inflation und Armut beinahe alle anderen Themen zu überdecken scheint. Denn nicht nur die Kriegs- und Corona-Sorgen befinden sich derzeit auf einem neuem Rekordtief, auch andere Problemfelder bewegen die Menschen in Deutschland heute deutlich weniger als in der Vergangenheit. Momentan befinden sich die Themen Einwanderungskontrolle (16%), Kriminalität und Gewalt (13%), Arbeitslosigkeit (7%) und Terrorismus (5%) auf der Sorgenskala der Deutschen allesamt auf dem niedrigsten Stand seit mindestens sieben Jahren.

### **Methode**

Die Ergebnisse stammen aus der Ipsos Global Advisor-Studie »What Worries the World«. Bei der Online-Umfrage wurden zwischen dem 26. August und dem 09. September 2022 insgesamt 19.524 Personen aus 29 Ländern über das Ipsos Online Panel-System interviewt. In Israel, Kanada, Malaysia, Südafrika, der Türkei und den USA waren die Befragten zwischen 18 und 74 Jahren alt, in Indonesien und Thailand zwischen 20 und 74 Jahren und in allen anderen Ländern zwischen 16 und 74 Jahren.

Der "Globale Länderdurchschnitt" spiegelt das durchschnittliche Ergebnis für alle 29 Nationen wider, in denen die Umfrage durchgeführt wurde. Er wurde nicht an die Bevölkerungsgröße der einzelnen Länder angepasst.

In Australien, Belgien, Brasilien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Israel, Italien, Kanada, Japan, Mexiko, Schweden, Spanien und den USA umfasste die Stichprobe etwa 1.000 Personen. In Argentinien, Chile, Indien, Indonesien, Kolumbien, Malaysia, den Niederlanden, Peru, Polen, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Thailand, der Türkei und Ungarn wurden jeweils etwa 500 Personen befragt.

In 16 der untersuchten Länder ist die Internetdurchdringung ausreichend hoch, um die Stichproben als repräsentativ für die breitere Bevölkerung in den abgedeckten Altersgruppen zu betrachten: Argentinien, Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Polen, Schweden, Spanien, Südkorea, Ungarn und USA. Die verbleibenden 13 untersuchten Länder weisen eine geringere Internetdurchdringung auf. Die



## PRESSE-INFORMATION

Stichprobe dieser Länder ist städtischer, gebildeter und/oder wohlhabender als die Allgemeinbevölkerung und sollten so betrachtet werden, dass sie die Ansichten der stärker "vernetzten" Bevölkerungsgruppe widerspiegelt.

Die Daten werden so gewichtet, dass die Stichprobenzusammensetzung jedes Marktes das demografische Profil der erwachsenen Bevölkerung gemäß den neuesten Volkszählungsdaten am besten widerspiegelt.

Wenn die Ergebnisse sich nicht auf 100 aufsummieren, liegt das an Rundungen durch die computer-basierte Zählung, erlaubte Mehrfachnennungen oder dem Ausschluss von „weiß nicht/keine Angabe“ Nennungen.

### Kontakt

Ipsos Pressestelle  
gudrun.witt@ipsos.com  
+49 175 5799992

### Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland sind wir mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Unsere Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt.

Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).

ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

[www.ipsos.de](http://www.ipsos.de) | [www.ipsos.com](http://www.ipsos.com)



## PRESSE-INFORMATION

### Auszug aus dem Fragebogen

*Welche der drei folgenden Themen machen Ihnen in Ihrem Land die größten Sorgen? (Bitte nur bis zu drei Antworten)*

Arbeitslosigkeit  
Armut und soziale Ungleichheit  
Bildung  
Coronavirus/COVID-19  
Einwanderungskontrolle  
Erhaltung von Sozialprogrammen  
Finanzielle/politische Korruption und Skandale  
Gefährdung der Umwelt  
Gesundheitswesen  
Inflation  
Klimawandel  
Kriminalität und Gewalt  
Militärische Konflikte zwischen Nationen  
Moralischer Verfall  
Steuern  
Terrorismus  
Übergewicht bei Kindern  
Zugang zu Krediten  
Zunahme des Extremismus